Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 193. Mittwoch den 12. Juli 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Auf dem Herrn Amtszimmermeister Handwerck gehörigen Zimmerplatze, Carolinenstraße 19, sollen

33 Stück ausrangirte Meßbuden

Donnerstag, den 20. d. M.

Vormittags 10 Uhr,

verhältnißmäßig der Auswahl unter den Licitanten, sowie jeder andern Entschließung und unter den im Termine bekannt zu machenden sonstigen Bedingungen öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 6. Juli 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Stoß.

Bekanntmachung.

Wegen Einlegung der Pferdebahngleise wird die **Straße an der 1. Bürgerschule** von der Grimmaischen bis zur Universitätsstraße vom Dienstag, den 11. dieses Monats an auf die Dauer der Arbeiten **für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 6. Juli 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harnisch.

Bekanntmachung.

Die Herstellung des macadamisirten Untergrundes der Löniger Straße und eines Theils der Körnerstraße soll mit den erforderlichen Erdarbeiten an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Macadamisirung der Körnerstraße ꝛc."

versehen ebendaselbst und zwar bis zum

18. Juli d. J., Nachmittags 5 Uhr

einzureichen.

Leipzig, den 3. Juli 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Das für die ledige Ernestine Zimmermann aus Unterwitzschka vom Gemeindeverband zu Canitz unterm 31. December 1874 ausgestellte Dienstbuch ist abhandengekommen. Das Buch ist im Auffindungsfalle an uns abzugeben.

Leipzig, den 10. Juli 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Richter. H.

Bekanntmachung.

Die auf das Winterhalbjahr 1882/83 für das Königliche Amtsgericht hier zu liefernden

4500 Ctr. eines guter schlackenfreier Pechstückkohle,
1000 Ctr. eines böhmischer Braunkohle, beste Qualität,

sind unter den bei der unterzeichneten Cassenstelle einzusehenden Bedingungen zu vergeben.

Angebote sind bis

22. dieses Monats

schriftlich anher einzureichen. Auswahl unter den Offerenten bleibe vorbehalten.

Leipzig, den 10. Juli 1882.

Hauptsportelcassen-Verwaltung im Königlichen Amtsgericht daselbst, Zimmer 100.

Beschluß.

In dem Concurs über das Vermögen der Wittwe Augustin und deren Sohnes Otto Augustin in Wehlitz wird auf Antrag des Verwalters eine Gläubigerversammlung behufs Beschlußfassung über eine weitere, den Gemeinschuldnern zu gewährende Unterstützung zusammenberufen und hierzu Termin auf

den 20. Juli cr. Vormittags 11 Uhr

anberaumt.

Schkeuditz, den 7. Juli 1882.

Königliches Amtsgericht
(gez.) Roothe.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 12. Juli 1882.

Nach der Ablehnung des Tabaksmonopols ist eine Erhöhung der Branntweinsteuer aufs Neue Gegenstand der Erörterung geworden. Die Conservativen sind bekanntlich bis auf wenige Ausnahmen Gegner einer stärkeren Besteuerung des Spiritus; sie befürworten eine Besteuerung des Trinkbranntweins als einzig richtige Verzehrungssteuer. Dieselbe soll in Form einer Reichsschanksteuer erhoben werden. Es ist aber bezeichnend, daß in dem Augenblicke, da auf Seiten der Regierung mit dieser Vorlage Ernst gemacht zu werden scheint, die conservativen Blätter sofort einwenden, daß auch eine solche Verzehrungssteuer nur unter der Bedingung anderweitiger Erleichterungen der „Landwirthschaft" werde zugelassen werden können.

Während in conservativen Kreisen und von reactionairen Handwerkern der Einführung obligatorischer Innungen noch immer das Wort geredet wird, ist, gutem Vernehmen nach, in maßgebenden Kreisen keine Stimmung für eine derartige Einrichtung vorhanden. Man nimmt dort an, daß sie in heutiger Zeit nicht zu halten sei, und will die Ergebnisse der im vorigen Jahre durch Reichsgesetz vorgeschriebenen Innungsordnung abwarten, ehe man sich auf weitere Versuche einläßt. Desgleichen haben die gegen den Impfzwang gerichteten Strebungen auf einen Erfolg vorerst nicht zu rechnen.

Dem Vernehmen nach ist das Befinden Se. k. Hoheit des Prinzen Karl ein fortdauernd günstiges. Professor Dr. von Langenbeck wurde telegraphisch nach Kassel berufen, um mit den den Prinzen behandelnden Aerzten zu berathen und die Entscheidung zu treffen, ob eine Ueberführung des hohen Kranken nach Schloß Wilhelmshöhe oder Glienicke wohl thunlich wäre, ohne daß für den Gesundheitszustand des Prinzen Nachtheile erwachsen.

Herr Regierungspräsident Tiedemann in Bromberg ist von einem schweren Unfall betroffen worden. Er wohnte dem Wettrennen des Posener Herren-Reiter-Vereins auf der Preisrichtertribüne bei, und diese leicht gebaute Tribüne, welche mit etwa 30 Personen belastet war, brach zusammen. Herr Tiedemann erlitt einen Knöchelbruch am rechten Bein, während mehrere andere Personen mit leichten Contusionen davon kamen und ein Herr v. Alvensleben (Ostromehko) von einer Erschütterung des Rückenmarks betroffen wurde.

Bei seiner Anwesenheit in Eydtkuhnen wurde der Minister v. Puttkamer auch von dem Comité für die aus Rußland auswandernden Juden begrüßt. Der Vorsitzende des Comités hob hervor, daß sich dasselbe auflösen werde, weil sonst der Zudrang der ärmeren Juden aus Rußland nicht aufhören werde, indem alle Ankommenden unterstützt sein wollten. Der Minister äußerte den Wunsch, daß sich das Comité noch nicht auflösen möge, da er mit dem auswärtigen Amte über diese Angelegenheit noch in Verhandlungen treten wolle.

Der Abg. Windthorst, welcher nach Annahme des kirchenpolitischen Gesetzes in der letzten Landtagssession auf die Berathung seiner Anträge auf Straflosigkeit des unbefugten Messelesens und Sacramentspendens, sowie auf Aufhebung des Sperrgesetzes verzichtete, beabsichtigt, wie man bei der gegenwärtigen gespannten Lage bekannt werden läßt, in der nächsten Session darauf zurückzukommen. Es steht Dies offenbar im Zusammenhange mit der Ankündigung der „Germania", man werde unter Umständen die Lösung der Wirren lediglich auf dem parlamentarischen Wege suchen.

Ueber die neueste Kriegserklärung der ultramontanen Presse gegen die Regierung und die Conservativen sprechen sich die Blätter der letzteren recht zahm und scheuend aus. Die „Kreuzzeitung" bezweifelt, daß die erregte drohende Sprache der ultramontanen Blätter die officielle Ansicht der Centrumspartei sei; sie hält die maßgebenden Persönlichkeiten dieser Partei doch für zu conservativ, als daß sie fähig sein sollten, sich aus reinem Pessimismus dem Radicalismus in die Arme zu werfen, und stellt den Ultramontanen vor, daß sie auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulpolitik von den Conservativen jedenfalls mehr zu erwarten hätten, als von der Fortschrittspartei. Wenn das Centrum wieder zu einer grundsätzlichen Oppositionspartei werden würde, so würde sich gegen eine solche im Princip regierungsfeindliche Partei mit Nothwendigkeit im evangelischen Theile des deutschen Volkes eine Reaction geltend machen, der auch die Conservativen aller Schattirungen sich nicht würden entgegenstellen können und wollen. Der Fehdehandschuh wird also recht vorsichtig und mit dem unverkennbaren Wunsche, daß es nicht so böse und ernst gemeint sei, aufgenommen. Uns scheint, unter den Ultramontanen wird mehr und mehr ein längst bestehender Gährungsproceß zum offenen Ausbruch kommen: die conservativen und die radicalen Elemente in dieser Partei werden sich ihrer innern Verschiedenheit mehr und mehr bewußt werden, und auf die Dauer wird die Kirchenfrage allein, so gewaltsam sie auch immer wieder in den Mittelpunct der ganzen Politik gedrängt wird, die Auseinanderstrebenden nicht zusammenzuhalten vermögen; der Ultramontanismus wird sich vor die Entscheidung gestellt sehen, ob reactionair oder radical.

Eine Vorlage an das preußische Abgeordnetenhaus, betreffend die Kosten des Zollanschlusses der Stadt Altona, dürfte nach verläßlichen Mittheilungen in der nächsten Session so wenig wie in der letzten Session nach Fertigstellung des bezüglichen Reichsgesetzes zu erwarten sein. Man darf annehmen, daß diese Frage offiziell bis dahin vertagt bleibt, wo der Hamburger Zollanschluß unmittelbar vor seiner Verwirklichung steht, und eine Beschleunigung der localen Altonaer Angelegenheit scheint in der That um so weniger geboten, als für die Schwesterstadt Hamburg keine besonderen Freihafen-Anlagen in Aussicht genommen sind, der Seeverkehr Altonas vielmehr vollständig auf das in Hamburg zu schaffende Freihafen-Quartier angewiesen bleiben wird. Diese Entschlüsse der preußischen Regierung sind wohl vorzugsweise auf Herrn Bitter zurückzuführen, der den Altonaern ganz und gar nicht freundlich gesinnt gewesen war. Viel Erfolg wird sich die dortige Bürgerschaft denn auch nicht von der Petition versprechen können, mit der sie, wie verlautet, eben jetzt an den neuen Finanzminister, Herrn Scholz, herangetreten ist. Sie bittet darin um Begünstigungen nach Art derjenigen, die Hamburg eingeräumt worden sind oder in Zukunft eingeräumt werden sollen.

Den Ultramontanen wird doch ein wenig bange vor den Folgen, welche die Abkehr der Regierung von der Curie für den Gang der bevorstehenden Wahlen und insbesonderheit für die Taktik der Conservativen haben könnte. Sie fürchten, daß die Rechte des Fürsten Bismarck dahin verstehen möchte, es sei im Zweifelsfalle ein Liberaler noch eher zu unterstützen, als ein Centrumsmann. Die „Germania" bearbeitet deshalb die Conservativen mit Hochdruck, indem sie ihnen vorstellt, daß es von ihrem Verhalten abhänge, ob die Herrschaft des Protestantenvereins in der Kirche und die Simultanschule wieder in den Gesichtskreis kommen solle oder nicht. „Die rechte Consequenz", so wird dann emphatisch geschlossen, „wäre die Rückkehr des Herrn Dr. Falk in das Cultusministerium." Das sind Prophezeiungen, von denen man es sich gern gefallen ließe, wenn sie wahr würden, die indessen leider so bald sich nicht erfüllen werden. Die Conservativen aber müssen doch, wenn sie solche Aufrufe an ihre Furchtsamkeit vernehmen, das Gefühl haben, daß sie vom Centrum als politische Kinder behandelt und gegängelt werden. Wenn ihnen diese Rolle gefällt und sie sich in dieselbe schicken, kann es den Liberalen auch recht sein.

Die Anzeige gegen den Deckofficier Meiling wegen Verraths von Papieren an die russische Regierung ist, wie das „Kl. Journ." meldet, von einem wegen nihilistischer Umtriebe flüchtigen Russen ausgegangen, welcher durch diese Denunciation weniger dem Meiling Schaden zufügen, als vielmehr der Regierung seines Heimathreiches und zunächst der Vertretung desselben in Berlin Verlegenheiten bereiten wollte. Obwohl sich der Angeber, als er seine Mittheilungen machte, selbst sehr zweifelhaft und verdächtig benahm, boten diese demnach einige ganz bestimmte Handhaben zur Erhebung einer Anklage dar, so daß sogleich die Verhaftung des Meiling und Vornahme einer Haussuchung bei Demselben angeordnet werden mußte. Der Angeber, welcher sich nach der That in Berlin nicht mehr recht sicher fühlte, hat sich bald darauf das Leben genommen, wodurch natürlich seine wichtige Zeugenschaft ausfallen mußte. Selbstverständlich dürfen über das Ergebniß der nunmehr erfolgten Untersuchung der Oeffentlichkeit keine Mittheilungen gemacht werden, soll diese nicht ernstlich erschwert werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich weit weniger um einen wirklich gelungenen Verrath, als um das durch eine vorläufig noch ziemlich geringe Summe (einige Tausend Mark) erkaufte Versprechen, einen solchen ausüben zu wollen. Die Papiere, welche Meiling den russischen Agenten wirklich bereits in die Hände geliefert hatte, sollen von äußerst geringer Bedeutung sein. Sobald das in naher Aussicht stehende Kriegsgericht über Meiling abgehalten und die Bestätigung des Urtheils erfolgt sein wird, soll das Ergebniß desselben dem Publicum, soweit Dies nur angängig erscheint, bekannt gemacht werden.

Die amtliche „Wiener Zeitung" veröffentlicht einen vom 29. vor. Mts. datirten Erlaß des österreichischen Ministers für Cultus und Unterricht an den Statthalter von Böhmen und das Präsidium der theoretischen Staatsprüfungscommissionen in Prag, betreffend die Bestimmungen über Ablegung der theoretischen Staatsprüfungen in deutscher und böhmischer Sprache. Diese Verordnung über die Staatsprüfungsnorm für die Prager Universitäten kennzeichnet sich durch zwei Momente: zunächst dadurch, daß wohl die böhmischen Studenten zum Nachweise der Kenntniß der deutschen Sprache, nicht aber auch die deutschen Studenten zum Nachweise der Kenntniß der böhmischen Sprache verhalten werden, und weiter durch das unverkennbare Bestreben, die Einheit der beiden Universitäten möglichst zu wahren. Die Staatsprüfungscommission bleibt für beide Facultäten eine und dieselbe, und damit scheint die Gefahr beseitigt, daß sie zum Werkzeuge nationaler Ausschreitungen werden könnte. Einem jeden Candidaten, an welcher Universität er auch eingeschrieben war, steht es frei, die Prüfung entweder ausschließlich in deutscher Sprache abzulegen, oder in deutscher und böhmischer. Prüfungen ausschließlich in böhmischer Sprache sind demnach unstatthaft. Bei der Prüfung in deutscher und böhmischer Sprache muß mindestens Ein Fach — nicht etwa ein Lehrgegenstand oder ein Collegium — in deutscher Sprache abgelegt werden. Aus diesem Anlasse wird sodann eine Berechnung über die Kenntniß der deutschen Sprache gefordert festgestellt werden, und zwar durch sämmtliche Mitglieder der Commission, bei welcher demnach ein nationales Element kaum ein Uebergewicht haben kann. So lange diese Commission den Nachweis der Kenntniß der deutschen Sprache nicht für erbracht erachtet, ist die Staatsprüfung nicht für abgelegt anzusehen, und ebenso muß der jedem Rigorosum in gleicher Weise die Kenntniß der deutschen Sprache dargethan werden, wenn ein solches eine gleiche Wirkung wie die Staatsprüfung besitzen soll. Die czechischen Blätter sind damit nicht einverstanden, sondern wünschen, daß auch die deutschen Universitätshörer verpflichtet werden, wenigstens aus Einem Fache die theoretische Staatsprüfung in czechischer Sprache abzulegen. Mit dieser Forderung schließt auch eine der „Politik" aus „czechischen Juristenkreisen" zugekommene Zuschrift, an welche sich allerdings die Mahnung schließt: „Vergessen wir aber in dem Unwillen über das nicht erlangte Beste und Gerechteste doch nicht ganz das im Vergleiche mit dem bisher Bestandenen nun neu geschaffene Bessere und Gerechtere?"

In voriger Woche hat die dänische Königs-Familie, der König, die Königin, der Kronprinz und die Kronprinzessin, eine Fahrt durch die Insel Fünen gemacht und tausendfache Beweise von der Anhänglichkeit der Bevölkerung, namentlich der bäuerlichen, empfangen. Am 5. ds. stellten sich in Odense einige tausend Bauern vor, die ein Lied sangen und dann eine Adresse überreichten, die der König in seiner Dankrede mit den Worten beantwortete, es sei sein fester Wille, die Rechte des Volkes zu schirmen, weshalb er wiederholen wolle, was er bereits vor Jahren ausgesprochen habe, daß er ein freier König über ein freies Volk sein wolle. Die Bauern und die anwesende Volksmenge beantworteten diese königlichen Worte mit jubelnden Hurrahrufen. In der That darf man wohl darin den Leitstern der ganzen Politik des Königs sehen. Es wird eben darin von Neuem das Princip freier Uebereinkunft, wie es in der Verfassung liegt, hervorgehoben und festgehalten und zugleich mittelbar verkündet, daß keinerlei Zwang oder Vergewaltigung, komme sie von welcher Seite sie wolle, je Platz greifen dürfe.

Die Haltung der französischen Regierung in der egyptischen Frage ist noch immer nicht ganz klar. Auch die Erklärungen, die Freycinet neuerdings in der Deputirtenkammer abgegeben, sind eher geeignet, die Absichten der französischen Politik zu vertuschen, als sie aufzuhellen. Das Eine scheint indeß aus diesen Erklärungen hervorzugehen, daß der Ministerpräsident den Augenblick zu einem Eingreifen von Seiten Frankreichs noch nicht für gekommen hält. Freycinet bemerkte, er habe den Muth, seine Meinung zu bekennen, und würde es offen sagen, wenn er ein Einschreiten für nothwendig halte. Für den Augenblick aber handle es sich um nichts Derartiges, sondern nur um Vorsichtsmaßregeln; wenn es Zeit zum Handeln sei, werde Dies nicht geschehen ohne die vorher eingeholte Zustimmung des Parlaments. In den der Regierung nahe stehenden Blättern wird diese Andeutung nach dahin ergänzt, daß das Cabinet noch immer entschlossen sei, dem Parlament ein Einschreiten nur dann vorzuschlagen, wenn dasselbe von der Billigung der Mächte getragen und mit dem Charakter eines Gesammt-Auftrages bekleidet sein würde.

Die nach der Abstimmung des englischen Unterhauses am Freitag befürchtete Ministerkrisis ist als beseitigt anzusehen. Die Bemühungen der Anhänger Gladstone's werden kaum erforderlich gewesen sein, um Diesen von einem Rücktritt zurückzuhalten. Die Frage wegen der Befugniß zu Haussuchungen in Irland ist an sich nicht für wichtig genug gehalten worden, um einem solchen Schritt zu rechtfertigen. Herrn Gladstone wäre sicher der Vorwurf nicht erspart geblieben, daß er absichtlich nach einem Grunde gesucht hätte, um sich kleinmüthig den gewachsenen Schwierigkeiten zu entziehen.

Berliner, Wiener und Frankfurter Blätter enthalten eine Reihe auffälliger Petersburger Nachrichten, die jenen Zeitungen auf telegraphischem Wege, zum Theil indirect, zugegangen sind. Danach soll der Zar befohlen haben, sein sämmtliches mobiles persönliches und Familienvermögen nach dem Ausland in Sicherheit zu bringen. Die Aristokratie soll mit Rücksicht auf die aufgeregte Stimmung in den Provinzen und die wankende Zuverlässigkeit der Armee und Marine durchgesetzt haben, daß die Krönung beschleunigt wird, und es soll für dieselbe in der Petersburger Kasan-Kathedrale oder der Peterhofer Schloßkirche (nach anderen Berichten in Kostroma) Alles im Geheimen vorbereitet werden. Ueber die Ausbreitung der nihilistischen Propaganda seien Kaiser, Hof, Gerichte und Regierung förmlich erschrocken. Wiederum seien mehrere Ser-Officiere verhaftet worden; eine Anzahl Mitglieder der heiligen Druschina wurden als Nihilisten entlarvt. Die Vorsichtsmaßregeln in Peterhof werden verzehnfacht. Die Nihilisten sandten an den Großfürsten Wladimir ein Todesurtheil. Unter der Bühne des Theaters in Peterhof wurde ein verdächtiger Mensch verhaftet, der muthmaßlich Attentatspläne ausführen wollte. Ein von den Terroristen gewordener Ofenheizer wurde im Schloß zu Gatschina arretirt. Die täglichen Feuersbrünste in Moskau sind nachweislich auf terroristischen Ursprung zurückzuführen. Aufrührerische Proclamationen wurden an der Generalstabs-Akademie angeklebt. Anderweitigen Berichten zufolge soll der Kaiser unter der Voraussetzung, daß das Wochenbett der Kaiserin glücklich verläuft und die Kaiserin sich bald wieder kräftigt, den 12. September als Krönungstag bestimmt haben.

Rußland betrauert in dem General Skobeleff den Verlust eines „National-Helden", von dessen Feldherrnkunst und unüberwindlicher Tapferkeit man noch Großes erhoffte. Je düsterer die Lage dort ist, je mehr es an Männern fehlt, an welche die Hoffnungen der Bevölkerung sich knüpfen könnten, um so empfindlicher trifft der Verlust des Einen, der jedenfalls den Russen Achtung abzugewinnen wußte und ihnen offenbar in weiten Kreisen eine Art von Ideal verkörperte, an dem sie ihr gesunkenes Vertrauen wieder aufzurichten vermochten. Die russischen Zeitungen feiern das Andenken des Generals in schwungvollen Worten. Der in deutscher Sprache erscheinende und von deutschen Redacteuren geleitete „Petersburger Herold" hat sogar seinem Schmerze über den Verlust des seine Abneigung gegen Deutschland und namentlich die russischen Deutschen niemals verleugnenden Generals den beredtesten Ausdruck zu geben für gut befunden, indem er die Todesanzeige mit einem breiten Trauerrand umgeben hat, während russische Blätter, die „Nowoje Wremja" aufgenommen, von einer so auffälligen Trauerkundgebung Abstand genommen haben. Am lautesten geben ihrer Klage um den General die Organe der Panslavisten Ausdruck, zu deren Stimmführer sich Skobeleff in seinen berufenen Reden gemacht hatte. Nach dem Pariser „Gaulois" hat sich übrigens General Skobeleff selbst mit Digitalin vergiftet, um der ihm drohenden Schande zu entgehen in Folge gewisser Enthüllungen, welche seine Verwickelung in nihilistische Umtriebe beweisen sollen. Auch Ignatieff und die meisten panslavistischen Führer seien bei dieser Geschichte mit betheiligt. Man mache in der russischen officiellen Welt alle Anstrengungen, diese traurige Wahrheit zu verbergen, da sie immerhin eine der militairischen Berühmtheiten Rußlands betreffe. Die Richtigkeit der ganzen Meldung ist freilich noch sehr zweifelhaft.

Aus Konstantinopel vom 9. Juli Abends wird gemeldet: Deutschland soll dem Sultan den Rath ertheilt haben, an der Conferenz theilzunehmen; die Pforte schwankt; sie erließ ein neues Rundschreiben, worin sie die Weiterführung der Befestigungen zu Alexandrien leugnet und erklärt, die Gelegenheit zu einer Einmischung ihrerseits sei vorüber; der Sultan beklagt außerdem das Auftreten der Großmächte.

Von einem in Egypten lebenden Franzosen erhält das „Journal des Débats" unterm 25. Juni einen ausführlichen Bericht der dortigen Zustände. Der Gewährsmann des Blattes behauptet, daß Arabi Pascha und sein Anhang sich über die Unzuverlässigkeit der egyptischen Armee keiner Täuschung hingeben, und daß sie deshalb kaum an einen ernstlichen Widerstand denken würden. Im Falle der Landung europäischer Truppen sei Arabi's Plan, sich mit seinen Getreuen in die Citadelle von Kairo zurückzuziehen, wo bereits Wohnungen für sie und ihre Frauen hergerichtet wurden. Höchstens würden sie auf dem Wege nach Alexandria einige Tausend Mann Truppen zurücklassen, die zum Schein beauftragt wären, eine Schlacht zu liefern, aber vollkommen entschlossen seien, beim ersten Stoß zu fliehen. Ob dieser Plan des Rückzugs in die Citadelle von Kairo ernst, sei schwer zu entscheiden, aber Arabi und seine Freunde sprechen stets davon. Einer der Hauptführer sagte dem Gewährsmann des „J. des Débats" dieser Tage: „Ich fühle wohl, daß Alles verloren ist, daß wir uns getäuscht haben, daß es unmöglich ist, dieses Land zu befreien, daß Europa sich wieder seiner bemächtigen wird: aber im letzten Augenblick werden wir als Verzweifelte handeln." Gefragt, was er unter dem „als Verzweifelte handeln" verstehe, antwortete er, daß Arabi und die Seinigen von der Citadelle aus Kairo bombardiren würden, während die Beduinen es plünderten. (?!) Ein solches Bombardement Kairos, schreibt der Berichterstatter, hätte aber gar keinen Sinn, da ja keine Europäer mehr dort wären; nach reiflicher Ueberlegung würden Arabi und seine Freunde es wohl für klüger halten, welche Absicht man ihnen auch zuschreibe, zu Pferde in die Wüste zu fliehen und dort eine Zuflucht vor der ihnen drohenden Strafe zu suchen. Ein Plünderung durch die Beduinen wäre aber weniger unwahrscheinlich. Die Beduinen machen keine gemeinschaftliche Sache mit Arabi, im Gegentheil verabscheuen und hassen sie ihn als Fellah, d. h. als Abkömmling einer untergeordneten Rasse; sie fürchten ihn aber als Herrn, denn er hat die Unklugheit begangen, zu versuchen, ihnen ihre Ländereien zu nehmen und ihre Privilegien zu rauben. Die Beduinen haben dem Khedive angeboten, auf sein Geheiß ihm den Kopf Arabi's vor die Füße zu legen; aber der Khedive habe den Befehl nicht zu geben gewagt, weil dann die Beduinen sich jedenfalls berechtigt geglaubt hätten, als Lohn für ihre Mühe die Stadt ein bißchen zu plündern, wobei natürlich die Europäer als die reichsten am schlechtesten weggekommen wären. Tewfik, der seine Pflichten gegenüber Europa so treu anerkenne, habe die Verantwortung einer solchen Plünderung nicht auf sich nehmen wollen, ebensowenig Derwisch Pascha, dem die Beduinen dasselbe Anerbieten machten.

Die wirthschaftliche Lage Egyptens gestaltet sich mit jedem Tage trostloser. Die reiche Ernte verfault auf den Feldern, da sie selbst zu einem Drittheil des gewohnten Preises nicht anbringlich ist, und alle Culturen stocken, weil den Eingeborenen die kleinen Vorschüsse fehlen, die sie von Europäern und Banken zum Ankaufe des Samens, zum Anbau, sowie zur Anschaffung der Kohlen für die Bewäs-